

## DAS SAGEN DIE SPITZENKANDIDATEN

# Alle wollen Gemeinden stärken

KOMMUNAL befragte die Spitzenkandidaten der Parlamentsparteien unter anderem über ihre Positionen zum Bodenverbrauch, zu Gemeindefinanzen und zu einer möglichen Erhöhung der Grundsteuer sowie zu Fragen der Wohnraumerrichtung und zur Sicherung der Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum.

Die Nationalratswahl steht vor der Tür. Die Spitzenkandidaten werden derzeit in unzähligen Fernsehduellen mit den immer gleichen Fragen konfrontiert. KOMMUNAL dagegen hat die Parteichefs gebeten, sich mit den konkreten Anliegen und Herausforderungen auseinanderzusetzen, die die österreichischen Gemeinden täglich beschäftigen.

Die Fragen reichen von der dringend benötigten Reform der Grundsteuer über die Sicherstellung der medizinischen Versorgung im ländlichen Raum bis hin zur Reduzierung des Bodenverbrauchs und der Bewältigung der Teuerungskrise. Diese Themen sind für die Gemeinden von zentraler Bedeutung, da sie direkt den Handlungsspielraum der Kommunen und die Lebensqualität der Bürger beeinflussen.

Wie stehen die Spitzenkandidaten zum „Bodenschutzplan“ des Gemeindebundes und zur zentralen Rolle der Gemeinden in der Raumordnung? Welche Lösungen bieten sie an, um die finanziellen Engpässe der Kommunen zu überwinden – durch mehr Mittel aus dem Finanzausgleich, durch Effizienzsteigerungen oder durch eine Neuausrichtung der kommunalen Aufgaben? Die Fragen betreffen auch die Zukunft

der Grundsteuer, deren Anpassung für viele Gemeinden überlebenswichtig ist, sowie die dringend benötigte Entspannung auf dem Immobilienmarkt.

Darüber hinaus geht es um die Rolle der Gemeinden in der Gesundheitsversorgung, die Folgen der Überregulierung und die Herausforderungen der Kinderbetreuung. Auch der Ausbau der Glasfaserinfrastruktur und die Forderung nach einem „EU-Kommissar für Gemeinden“ stehen zur Debatte.

Diese Themen sind nicht nur für die politischen Diskussionen in Wien relevant, sondern betreffen unmittelbar das Leben in den Gemeinden. Die Antworten der Spitzenkandidaten auf diesen umfassenden Fragenkatalog sollen ein klares Bild vermitteln, welche Visionen die Parteien für die Zukunft der Gemeinden haben und wie sie die drängendsten kommunalen Probleme lösen wollen.

Alle Antworten in vollem Umfang lesen Sie auf [kommunal.at/die-spitzenkandidaten-geben-antwort](http://kommunal.at/die-spitzenkandidaten-geben-antwort)



DIE ZUSAMMENFASSUNGEN IM HEFT WURDEN MIT HILFE VON CHAT-GPT ERSTELLT.

NEHAMMER UNTERSTREICHT FÜR DIE ÖVP DURCHGEHEND DIE ZENTRALE ROLLE DER GEMEINDEN IN ÖSTERREICH UND SETZT AUF MASSNAHMEN, DIE IHRE AUTONOMIE UND HANDLUNGSFÄHIGKEIT STÄRKEN SOLLEN, INSBESONDERE IN DEN BEREICHEN FINANZEN, RAUMORDNUNG, GESUNDHEIT, DIGITALISIERUNG UND EUROPÄISCHE INTEGRATION.

#### **BODENSCHUTZ UND RAUMORDNUNG:**

Die ÖVP unter Bundeskanzler Karl Nehammer unterstützt den Bodenschutzplan des Gemeindebundes, betont aber, dass die Raumordnungskompetenz bei den Ländern bleiben sollte. Gemeinden sollen durch Maßnahmen zur Umweltbildung aktiv zum Klimaschutz beitragen.

**GEMEINDEFINANZEN:** Trotz steigender finanzieller Mittel durch den Finanzausgleich und das neue Gemeindepaket sieht die ÖVP kurzfristige Liquiditätsprobleme in vielen Gemeinden. Die zusätzlichen Mittel sollen vor allem in nachhaltige Investitionen fließen, um die Klimaziele zu erreichen.

**GRUNDSTEUER:** Die ÖVP lehnt eine Anhebung der Grundsteuer ab und spricht sich gegen neue Steuern aus. Stattdessen wird der



Karl Nehammer, Spitzenkandidat der ÖVP, gibt ein klares Bekenntnis zur Bedeutung der Gemeinden im österreichischen Staatsgefüge ab.

► ZUM VOLLTEXT  
VON NEHAMMERS ANTWORTEN  
AUF KOMMUNAL.AT



► ZUM VOLLTEXT  
VON BABLERS ANTWORTEN AUF  
KOMMUNAL.AT



Abbau von bürokratischen Hürden als zentrale Maßnahme betont, um Kosten zu senken.

**IMMOBILIENMARKT:** Um die Eigenheimquote zu erhöhen, plant die ÖVP staatlich gesicherte Wohnbaukredite und die Abschaffung von Gebühren und Steuern beim Kauf des ersten Eigenheims. Ziel ist es, Eigentum für junge Menschen und Familien leistbarer zu machen.

#### **GESUNDHEITSVERSORGUNG AM LAND:**

Die ÖVP setzt auf den Ausbau der Kassenarztstellen und digitale Gesundheitslösungen, um die medizinische Versorgung in ländlichen Gebieten sicherzustellen. Gemeinden sollen hierbei entlastet werden.

#### **ÜBERREGULIERUNG UND BÜROKRATIE:**

Die ÖVP erkennt die Problematik der Überregulierung an und will durch Effizienzsteigerungen und Entbürokratisierung den Handlungsspielraum der Gemeinden erweitern.

#### **KINDERBETREUUNG:**

Die ÖVP setzt auf Wahlfreiheit für Eltern und will bis 2030 4,5 Milliarden Euro in die Kinderbetreuung investieren, um sicherzustellen, dass Eltern arbeiten können, wenn sie es wollen.

#### **DIGITALE INFRASTRUKTUR:**

Der weitere Ausbau des Breitband- und 5G-Netzes in ländlichen Regionen wird als Schlüssel zur Gleichwertigkeit von Stadt und Land gesehen. Die ÖVP plant bis 2030 massive Investitionen in diesen Bereich.

#### **EU-KOMMISSAR FÜR GEMEINDEN:**

Die ÖVP unterstützt die stärkere Verankerung der Gemeinden auf europäischer Ebene und sieht in der Initiative des Gemeindebundes ein positives Signal für die Integration der lokalen Ebene in die EU-Strukturen.

#### **ROLLE DER GEMEINDEN:**

Die ÖVP sieht die Gemeinden als zentrale Elemente der österreichischen Demokratie und betont ihre Bedeutung für die lokale Identität, Kultur und Tradition. Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensqualität im ländlichen Raum und die Erhaltung der Ortskerne werden als wichtig erachtet.

FOTO // Arne Mueseler



**Andreas Babler**, Spitzenkandidat der SPÖ, fokussiert in seinen Antworten auf soziale Gerechtigkeit und die Stärkung der Kommunen.

DIE SPÖ BETONT DURCHGEHEND DIE WICHTIGKEIT DER FINANZIELLEN ABSICHERUNG UND STÄRKUNG DER GEMEINDEN, UM DIE LEBENSQUALITÄT DER BÜRGER ZU VERBESSERN UND DIE KOMMUNALEN STRUKTUREN IN ÖSTERREICH ZU BEWAHREN UND AUSZUBAUEN.

#### **BODENSCHUTZ UND RAUMORDNUNG:**

Babler unterstützt den Bodenschutzplan des Gemeindebundes, betont jedoch, dass finanzschwache Gemeinden Unterstützung benötigen, um nachhaltige Entwicklungsprojekte wie die Belebung von Ortskernen und die Wiederverwendung brachliegender Flächen umzusetzen.

#### **GEMEINDEFINANZEN:**

Die SPÖ fordert eine signifikante Erhöhung der FAG-Mittel durch Steuern auf Vermögen und eine Rücknahme der Körperschaftsteuersenkung. Effizienzpotenziale sollen genutzt werden, eine Einschränkung kommunaler Leistungen lehnt die SPÖ ab. Die Partei setzt sich zudem für eine Änderung des Verteilungsschlüssels im Finanzausgleich ein, um den Gemeinden mehr finanzielle Mittel zu sichern.

#### **GRUNDSTEUER:**

Babler sieht die Notwendigkeit, bestehende Steuern wie die Grundsteuer anzupassen. Eine Reform der Grundsteuer ist aus Sicht der SPÖ notwendig und soll im Rahmen des Finanzausgleichs gemeinsam von Bund, Ländern und Gemeinden erarbeitet werden.

**IMMOBILIENMARKT:** Zur Entspannung des Immobilienmarktes plädiert die SPÖ für eine

Bevorzugung des sozialen Wohnbaus bei Flächenwidmungen und die Wiedereinführung der Wohnbauinvestitionsbank, um günstige Kredite für den Wohnungsbau bereitzustellen. So soll auch die Schaffung von Eigentum erleichtert werden.

#### **GESUNDHEITSVERSORGUNG AM LAND:**

Die SPÖ setzt auf eine Erhöhung der Kassenarztstellen, mehr Medizinstudenten und bessere Arbeitsbedingungen für Ärzte. Eine vielfältige Mischung aus verschiedenen Gesundheitsangeboten soll die Versorgung insbesondere im ländlichen Raum sicherstellen.

#### **ÜBERREGULIERUNG UND BÜROKRATIE:**

Babler erkennt die Problematik der Überregulierung an, betont jedoch, dass rechtliche Rahmenbedingungen eingehalten werden müssen. Zur Entlastung der Gemeinden schlägt er die Einrichtung von Beratungsstellen bei Bezirkshauptmannschaften vor, um juristische Unterstützung anzubieten.

#### **KINDERBETREUUNG:**

Die SPÖ fordert einen Rechtsanspruch auf kostenfreie Kinderbetreuungsplätze und betont, dass dieser Ausbau nur mit ausreichender finanzieller Unterstützung durch den Bund möglich ist. Ein bereits vorgelegter 5-Stufen-Plan der SPÖ soll die Grundlage dafür bilden.

#### **DIGITALE INFRASTRUKTUR:**

Babler sieht in der Unterstützung der Gemeinden beim Ausbau von Glasfaserinfrastrukturen einen wichtigen Schritt. Best-Practice-Modelle wie in Lienz sollen als Vorbild dienen, um marktfähige und nicht marktfähige Infrastrukturprojekte zu kombinieren.

#### **EU-KOMMISSAR FÜR GEMEINDEN:**

Babler unterstützt die Idee eines EU-Kommissars für Wohnungswesen, der die Rahmenbedingungen für sozialen Wohnbau verbessert und koordiniert. Er sieht die kommunale Ebene als entscheidend für die Umsetzung politischer Maßnahmen und die Sicherstellung von Vertrauen in die Politik.

#### **ROLLE DER GEMEINDEN:**

Die SPÖ betrachtet die Gemeinden als Herzstück der Republik. Sie fordert, dass die Kommunalpolitik die Grundlage für Regierungsentscheidungen bildet. Maßnahmen gegen die Ausdünnung des ländlichen Raums, Investitionen in öffentliche Verkehrsmittel, Gesundheit und Infrastruktur sowie der Ausbau des öffentlichen Dienstes sind zentrale Anliegen der Partei.

▶ ZUM VOLLTEXT  
VON KICKLS ANTWORTEN AUF  
KOMMUNAL.AT



DIE FPÖ UNTER KICKL LEGT GROSSEN WERT AUF DIE STÄRKUNG DER AUTONOMIE DER GEMEINDEN, WIRTSCHAFTLICHE STABILITÄT UND EINE ZURÜCKHALTENDE HALTUNG GEGENÜBER ZENTRALSTAATLICHEN EINGRIFFEN, WÄHREND SIE GLEICHZEITIG SOZIALE MASSNAHMEN ZUR UNTERSTÜTZUNG DER BÜRGER FORDERT.

#### **BODENSCHUTZ UND RAUMORDNUNG:**

Kickl unterstützt den Bodenschutzplan des Gemeindebundes und betont die Rolle der Gemeinden in der Raumordnung. Allerdings lehnt er bundesweite verpflichtende Grenzwerte ab, da diese die Autonomie der Länder und Gemeinden einschränken würden.

**GEMEINDEFINANZEN:** Die FPÖ sieht die finanzielle Lage der Gemeinden als katastrophal an, insbesondere im Hinblick auf die drohende Zahlungsunfähigkeit vieler Gemeinden. Der aktuelle Finanzausgleich wird als unzureichend kritisiert und die FPÖ fordert, dass Gelder aus dem Zukunftsfonds direkt bei den Gemeinden ankommen, ohne dass diese als Bittsteller bei den Ländern auftreten müssen.

**GRUNDSTEUER:** Die FPÖ lehnt Einzelmaßnahmen zur Erhöhung der Grundsteuer ab und plädiert stattdessen für eine umfassende Steuerreform, in deren Rahmen eine Änderung der Grundsteuer diskutiert werden könnte.

**IMMOBILIENMARKT:** Kickl schlägt mehrere Maßnahmen vor, um den Wohnungsmarkt zu stabilisieren, darunter einen Mietestopp, die Limitierung von Mietindexierungen, die Ausweitung des Mietrechtsgesetzes auf schlecht isolierte Gebäude und ein Befristungsverbot für institutionelle Vermieter. Zusätzlich fordert die FPÖ einen Bundeszuschuss zur Wohnbauförderung und die Wiedereinführung der Wohnbauinvestitionsbank.

**GESUNDHEITSVERSORGUNG AM LAND:** Die FPÖ setzt auf Landarztstipendien, finanzielle Förderung neuer Praxen und Primärversorgungszentren sowie auf eine attraktive Vergütung durch die Sozialversicherungen, um die medizinische Versorgung im ländlichen Raum sicherzustellen, ohne die Gemeinden weiter zu belasten.



**Herbert Kickl**, Spitzenkandidat der FPÖ, äußert sich in dem Interview zu zentralen kommunalpolitischen Themen und hebt dabei die Bedeutung von Autonomie, wirtschaftlicher Stabilität und sozialer Sicherheit hervor.

FOTO // Stadtebewegung

#### **ÜBERREGULIERUNG UND BÜROKRATIE:**

Kickl fordert eine massive Entbürokratisierung, um die Effizienz der staatlichen Verwaltung zu erhöhen und die Gemeinden zu entlasten. Er betont zudem die Notwendigkeit von Unterstützungsmaßnahmen für Gemeinden, um den gestiegenen Anforderungen gerecht zu werden.

**KINDERBETREUUNG:** Die FPÖ lehnt einen Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung ab, da dies zu einem Druck auf Mütter führen könnte, schneller in den Beruf zurückzukehren. Stattdessen betont Kickl die Wahlfreiheit für Eltern und fordert ein Kinderbetreuungs-Zuschussgesetz, das bundeseinheitlich finanziert werden soll.

**DIGITALE INFRASTRUKTUR:** Die FPÖ setzt auf private Investitionen als Haupttreiber des Breitbandausbaus. Kickl betont die Wichtigkeit attraktiver Rahmenbedingungen und regulatorischer Sicherheit, um Unternehmen zu Investitionen in die digitale Infrastruktur zu motivieren.

**EU-KOMMISSAR FÜR GEMEINDEN:** Kickl lehnt die Forderung nach einem EU-Kommissar für Gemeinden ab und fordert stattdessen einen „EU-Remigrations-Kommissar“ zur Bekämpfung illegaler Einwanderung.

**ROLLE DER GEMEINDEN:** Die FPÖ sieht die Gemeinden weiterhin als zentrale Anlaufstelle für die Bürger und betont, dass diese Rolle auch in Zukunft ein Eckpfeiler des österreichischen Staatsgefüges bleiben wird.

DIE GRÜNEN UNTER WERNER KOGLER SETZEN STARK AUF UMWELTSCHUTZ, SOZIALE GERECHTIGKEIT UND EINE STÄRKERE ROLLE DER GEMEINDEN IN DER DASEINSVORSORGE, WÄHREND SIE REFORMEN IN DER STEUER- UND GESUNDHEITSPOLITIK SOWIE BEIM BREITBANDAUSBAU VORANTREIBEN MÖCHTEN.

#### **BODENSCHUTZ UND RAUMORDNUNG:**

Kogler begrüßt den Bodenschutzplan des Gemeindebundes, kritisiert jedoch das Fehlen eines verbindlichen Ziels von maximal 2,5 Hektar Bodenverbrauch pro Tag. Die Grünen setzen sich für eine österreichweite Bodenschutzstrategie ein, die dieses Ziel bis 2030 erreichen soll. Sie betonen die Bedeutung des Bodenschutzes für den Erhalt der Lebensgrundlagen.

**GEMEINDEFINANZEN:** Die Grünen lehnen eine Einschränkung kommunaler Leistungen ab und fordern eine Aufgabenorientierung im Finanzausgleich, bei der die Mittel den übernommenen Aufgaben folgen. Sie betonen, dass mehr Aufgaben auch mehr finanzielle Mittel erfordern.

**GRUNDSTEUER:** Die Grünen setzen sich für eine Reform der Grundsteuer, Kommunalsteuer und Bodenwertabgabe ein, um die Steuerautonomie der Gemeinden zu stärken und den Bodenverbrauch zu reduzieren.

**IMMOBILIENMARKT:** Kogler fordert eine umsichtige Regulierung der Mieten, die Mobilisierung von Leerstand und die Unterstützung einkommensschwacher Haushalte, um sicher-



**Werner Kogler**, Vorsitzender der Grünen, hebt in seinen Antworten die Bedeutung des Umweltschutzes, der sozialen Gerechtigkeit und der Stärkung der kommunalen Strukturen hervor.

▶ ZUM VOLLTEXT  
VON KOGLERS ANTWORTEN AUF  
KOMMUNAL.AT



zustellen, dass Wohnen für alle leistbar bleibt. Die Grünen streben an, dass maximal 30 Prozent des Einkommens für Wohnen aufgewendet werden müssen.

#### **GESUNDHEITSVERSORGUNG AM LAND:**

Die Grünen setzen auf die Stärkung regionaler Strukturpläne und die Abschaffung von Vetorechten der Ärztekammern, um mehr Kassenstellen zu schaffen. Sie fördern Primärversorgungseinheiten und betonen, dass die Gesundheitsversorgung unabhängig vom Wohnort gesichert sein muss.

#### **ÜBERREGULIERUNG UND BÜROKRATIE:**

Die Grünen unterstützen das „Once Only“-Prinzip zur Vermeidung von Doppelgleisigkeiten und setzen auf die Vorteile der Digitalisierung, um die Verwaltungsarbeit in den Gemeinden zu erleichtern. Sie betonen jedoch die Notwendigkeit einer ausreichenden finanziellen Ausstattung der Gemeinden.

**KINDERBETREUUNG:** Die Grünen unterstützen einen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz ab dem ersten Geburtstag und fordern einen Stufenplan, um ausreichend Personal und Räumlichkeiten bereitzustellen. Sie betonen die Notwendigkeit von Rechtsicherheit für Eltern und Kinder.

**DIGITALE INFRASTRUKTUR:** Kogler betont die Fortschritte beim Breitbandausbau unter grüner Regierungsbeteiligung und fordert die Fortsetzung der Förderinitiative, um eine flächendeckende Versorgung sicherzustellen, insbesondere in ländlichen Gebieten.

**EU-KOMMISSAR FÜR GEMEINDEN:** Die Grünen unterstützen die Anliegen der Gemeinden auf europäischer Ebene, sehen jedoch die Schaffung eines eigenen EU-Kommissars für Gemeinden als nicht notwendig an, um die Effizienz der EU-Kommission nicht zu beeinträchtigen.

**ROLLE DER GEMEINDEN:** Die Grünen sehen die Gemeinden weiterhin als zentrale Orte, an denen die grundlegenden Bedürfnisse der Bürger erfüllt werden und die Daseinsvorsorge gesichert wird. Sie betonen die Rolle der Gemeinden als unmittelbare Ansprechpartner für die Bürger und als Orte, an denen Demokratie direkt erlebt wird.

DIE NEOS UNTER MEINL-REISINGER SETZEN AUF EINE STARKE DEZENTRALISIERUNG, EINE KLARE KOMPETENZVERTEILUNG UND MEHR FINANZIELLE UNABHÄNGIGKEIT FÜR DIE GEMEINDEN, KOMBINIERT MIT REFORMEN ZUR ENTBÜROKRATISIERUNG UND EFFIZIENZSTEIGERUNG.

#### **BODENSCHUTZ UND RAUMORDNUNG:**

Meinl-Reisinger unterstützt den Bodenschutzplan des Gemeindebundes und betont die zentrale Rolle der Gemeinden in der Raumplanung. NEOS befürworten ein Bundesrahmengesetz mit verbindlichen Reduktionszielen und eine Bundesstrategie für Flächenmanagement, um den täglichen Flächenverbrauch bis 2030 auf maximal 2,5 Hektar zu reduzieren.

**GEMEINDEFINANZEN:** Die NEOS fordern eine fundamentale Reform des föderalen Systems, um die Aufgaben- und Finanzierungs-kompetenzen zu entflechten. Gemeinden sollen mehr Abgabenaunomie erhalten, um ihre Finanzlage zu verbessern. Gemeindekooperationen könnten zudem helfen, Leistungen kostengünstiger zu erbringen.

**GRUNDSTEUER:** NEOS unterstützen eine Reform der Grundsteuer, bei der sowohl die Bemessungsgrundlage als auch die Hebesätze erhöht werden sollen. Gemeinden sollen die Möglichkeit haben, die Hebesätze nach ihrem Bedarf festzulegen. Insgesamt streben die NEOS jedoch eine Steuerentlastung an.

**IMMOBILIENMARKT:** Die NEOS schlagen vor, das Mietrecht zu reformieren, um Vermietung attraktiver zu machen und Leerstand zu reduzieren. Weitere Maßnahmen umfassen die Senkung der Nebenkosten beim Immobilienkauf und die Einführung von Freibeträgen bei der Grunderwerbssteuer für Hauptwohnsitze.

#### **GESUNDHEITSVERSORGUNG AM LAND:**

Meinl-Reisinger betont die Notwendigkeit einer Verwaltungsvereinfachung und fordert eine Finanzierung des Gesundheitssystems aus einer Hand. Sie spricht sich für Kompetenzbereinigungen aus, um die Zuständigkeiten klarer zu regeln und die Gesundheitsversorgung zu verbessern.

#### **ÜBERREGULIERUNG UND BÜROKRATIE:**

Die NEOS fordern eine Entbürokratisierung auf Landesebene und sehen die Bundesländer in der Pflicht, Vorschriften zu reduzieren. Gemeinden sollen weiterhin für die Sicherheit ihrer Infrastruktur verantwortlich bleiben, jedoch mit mehr Unterstützung und juristischem Beistand.

▶ ZUM VOLLTEXT  
VON MEINL-REISINGERS AN-  
WORTEN AUF KOMMUNAL.AT



**KINDERBETREUUNG:** NEOS treten für einen Stufenplan ein, der in einem Rechtsanspruch auf einen Kinderbetreuungsplatz ab dem ersten Geburtstag münden soll. Um diesen Anspruch zu erfüllen, sind Investitionen in Personal und Infrastruktur notwendig, die von Bund, Ländern und Gemeinden gemeinsam getragen werden müssen.

FOTO // © Konstantin Reyer



**Beate Meinl-Reisinger,**  
die Spitzenkandidatin der NEOS, legt in ihren Antworten großen Wert auf Reformen, Entbürokratisierung und die Stärkung der kommunalen Autonomie.

**DIGITALE INFRASTRUKTUR:** NEOS setzen sich für eine flächendeckende Glasfaserversorgung in Österreich ein und fordern eine Reform des Fördersystems. Sie betonen die Notwendigkeit klarer Verpflichtungen für Anbieter und gezielter Anreize, um den Ausbau der digitalen Infrastruktur voranzutreiben.

**EU-KOMMISSAR FÜR GEMEINDEN:** Meinl-Reisinger lehnt die Forderung nach einem EU-Kommissar für Gemeinden ab und spricht sich stattdessen für eine Reduzierung der Größe der EU-Kommission aus. Sie fordert jedoch, dass die nächste Kommission einen Schwerpunkt auf Entbürokratisierung legt.

**ROLLE DER GEMEINDEN:** Die NEOS sehen die Gemeinden als fundamentale Säulen im österreichischen Staatsgefüge und fordern strukturelle Reformen, um ihre Autonomie zu stärken. Gemeinden sollen Steuerautonomie erhalten und nicht länger von der politischen Taktik der Länder abhängig sein.